

**Rede  
des Sprechers für Netzpolitik**

**Maximilian Schmidt, MdL**

zu TOP Nr. 17

Besprechung

**Niedersachsen 4.0 – Verpasst die Landesregierung  
bei der Digitalisierung den Anschluss?**

Große Anfrage der Fraktion der FDP – Drs. 17/6976  
Antwort der Landesregierung – Drs. 17/8212neu

während der Plenarsitzung vom 17.08.2017  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich möchte gleich zu Beginn ein besonderes Dankeschön aussprechen an die FDP! Von Karl-Heinz Rummenigge gibt es ja den schönen Satz: „Das war nicht ganz unrisikvoll.“ Ich weiß ja nicht, ob das Ihr Ziel war – aber dass Sie uns mit Ihrer Großen Anfrage die Möglichkeit geben, hier im Hohen Hause nochmal ganz prominent die Ergebnisse und Erfolge unserer Politik für die Gestaltung der Digitalisierung vorzustellen – dafür kann man Ihnen nur dankbar sein.

Sie haben nun auf 72 eng beschriebenen Seiten die Antwort der Landesregierung schwarz auf weiß vorliegen – unser Minister Olaf Lies hat eben nochmals richtig gut vorgetragen, was sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: Wir haben in den letzten viereinhalb Jahren viel dafür getan, dass unser Land fit für die Zukunft wird. Wir haben kräftig investiert, damit Niedersachsen im Zeitalter der Digitalisierung nicht abgehängt wird, sondern die Menschen vom digitalen Fortschritt profitieren.

Ich will das ganz konkret an drei Bereichen deutlich machen, was wir vorgefunden haben, was wir getan haben und was wir noch vorhaben:

Erstens. Digitale Infrastruktur

Damit alle am Fortschritt des digitalen Zeitalters teilhaben, brauchen wir Infrastruktur. Deshalb war und ist der Breitbandausbau hierfür die elementare Voraussetzung. Schnelles Netz überall im Land – das ist und bleibt unser Ziel. Und hier sind wir richtig gut vorangekommen – und dazu zwei wichtige Zahlen:

Bei Regierungsübernahme in 2013 verfügten in Niedersachsen 57,1 Prozent der Haushalte über Anschlüsse mit Bandbreite von mindestens 50 MBit/s. Viel zu wenig, klar. Ende 2016 waren es nun 76,4 Prozent.

Diese Zahlen stammen übrigens nicht von der Landesregierung, sondern aus einer Erhebung des TÜV Rheinland. Die hat auch ergeben, dass bundesweit der

Durchschnitt bei 75,5 Prozent liegt. Wir in Niedersachsen haben nicht nur aufgeholt, wir haben überholt – und das steht uns auch ziemlich gut zu Gesicht.

Dass wir das schaffen konnten, das ist das Ergebnis einer konzentrierten Breitbandausbaustrategie, die wir 2014 gestartet haben – und übrigens auch hier im Landtag einstimmig beschlossen haben. Für das Großprojekt Breitbandausbau stellen Land und Bund in Niedersachsen rund 400 Millionen Euro bereit – hinzu kommen 500 Millionen Euro an Darlehen aus dem Breitbandkredit der NBank. Hinzu kommen zahlreiche direkte Fördermaßnahmen – nicht zuletzt für freies WLAN und Freifunk, die wir auf den Weg gebracht haben.

Nach den jetzt vorliegenden Zahlen werden wir unser Ziel erreichen: mindestens 50 MBit/s in ganz Niedersachsen bis 2020. In der bisherigen Diskussion zum Breitbandausbau haben sich ja alle mit Zahlen überboten. Herr Dobrindt, der Noch-Verkehrsminister, wird seine eigene Messlatte „flächendeckender Ausbau bis 2018“ wohl reißen. Wir als rot-grüne Koalition sind da niedersächsisch-nüchtern unterwegs gewesen. Wir machen ganz einfach genau das, was wir gesagt haben.

Aber, meine Damen und Herren, wie muss der nächste Schritt aussehen? Was müssen wir tun, damit wir in Niedersachsen im Digitalzeitalter die bestmögliche Infrastruktur haben?

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir weiter investieren müssen – und zwar in zwei Bereiche: In den Glasfaser-Ausbau und in den Ausbau des mobilen Netzes mit 5G-Standard, beides flächendeckend. Wir wollen erreichen, dass sämtliche weiße Flecken von der Landkarte verschwinden. Das soll die nächste Etappe sein, die wir bis 2025 erreichen wollen.

Und ich will Ihnen auch sagen, wo wir dafür investieren müssen. Bei den Zahlen zur 50-MBit/s-Versorgung lesen wir nämlich: Braunschweig 97 Prozent, Delmenhorst 99 Prozent, Osnabrück 99 Prozent, Wilhelmshaven 96 Prozent, Wolfenbüttel 96 Prozent. Und aber auch: Gifhorn 42 Prozent, Lüchow-Dannenberg 35 Prozent, Holzminden 46 Prozent. In den Städten funktioniert der Ausbau, weil er rein

marktgetrieben läuft. Im ländlichen Raum müssen wir aber seitens des Staates fördern – nur so wird sich die Wirtschaftlichkeitsschwelle erreichen lassen.

Genau das sollte übrigens eine lehrreiche Erkenntnis für die FDP sein: Der Markt regelt nicht alles. Die reine Marktwirtschaft führt eben nicht dazu, dass wir im ländlichen Raum Öffentlichen Personennahverkehr, Krankenhäuser oder eben schnelles Internet haben, alles übrigens elementare Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Beim Breitbandausbau haben wir doch ein Marktversagen erlebt: Dort, wo die Unternehmen viel verdienen können, haben sie investiert, im – zumeist ländlichen – Raum aber nicht. Und sie haben sich diese Taktik sogar in geltendes Recht gießen lassen, indem – übrigens durch tätige Mithilfe der FDP – die Beihilfe des Staates für den Breitbandausbau beschränkt worden ist.

Wir aber wollen flächendeckend den Ausbau mit Glasfaser bis zur Haustür fördern. Ich habe die Erwartung an die Telekommunikationsunternehmen, dass sie diesen Weg mitgehen. Bei der Gelegenheit: Anbieter wie die Telekom werben im ganzen Land mit VDSL durch Vectoring. Zugleich kommt häufig die versprochene Bandbreite aber gar nicht an – oder wie bei uns im Landkreis Celle vielerorts: Freie Ports fehlen, so dass die Leute ewig auf neue Anschlüsse warten müssen. Das muss endlich verlässlich laufen! Die schönste Werbung reicht nicht. Wer 50 oder 100 MBit/s bestellt und bezahlt, der muss sie auch bekommen.

Und wir wollen auch beim mobilen Internet den Ausbau weiter voranbringen. Das dürfen wir aber derzeit nicht, weil es ein Beihilfeverbot gibt. Das hat übrigens damals die FDP bei der Versteigerung der Funkfrequenzen in Berlin durchgesetzt: Der Staat soll unter keinen Umständen im Bereich des Mobilfunks und des mobilen Internets investieren dürfen. Wenn Sie also genau das heute fordern, müssten Sie zunächst erkennen, dass die FDP damals zusammen mit der CDU einen gewaltigen Fehler gemacht hat, der uns in Niedersachsen heute schadet. Kurzum: Das Beihilfeverbot muss weg, weil wir auch dort faktisch Marktversagen haben, die Rechtsvorschrift ist schlicht weltfremd.

Als Sozialdemokrat will ich Ihnen eines ganz deutlich sagen: Für uns ist das eine Frage der Gerechtigkeit. Für uns muss in Niedersachsen gelten: Gleiche Chancen überall, ob in Stadt oder Land. Der Zugang zum schnellen Internet gehört unverzichtbar dazu. Das ist übrigens auch mit der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse gemeint, wie es im Grundgesetz als Auftrag steht. Und genau dafür werden wir weiterarbeiten.

## Zweitens. Digitale Arbeit und Bildung

Stichwort Arbeit. Nichts verändert die Arbeit der Zukunft so stark wie die Digitalisierung. Und es geht schlicht und einfach um Folgendes: Schaffen wir es, dass der Fortschritt durch Digitalisierung dazu führt, dass wirklich alle davon profitieren? Dass es mehr gute Arbeit und auch mehr Wohlstand für alle gibt? Ich bin davon überzeugt: Wir müssen alles dafür tun, dass vom digitalen Wandel Menschen profitieren und nicht nur Profite steigen.

Deshalb haben wir in Niedersachsen viel investiert: In das Thema Industrie 4.0 und vor allem in die Stärkung des Handwerks bei diesem wichtigen Thema. Unser Wirtschaftsminister hat in seiner Rede eine Reihe der Fördermaßnahmen herausgestellt – aber eine will ich hier nennen, die mir besonders wichtig ist:

In der Region Hannover wird in Kürze das „Niedersächsische Zentrum für gute digitale Arbeit und Mitbestimmung“ eröffnet. Gerade diese Einrichtung haben wir aus der SPD-Landtagsfraktion besonders gefordert. Wir sind davon überzeugt: Arbeit 4.0 – das darf nicht für mehr Stress und weniger Mitbestimmung stehen, sondern die Arbeit der Zukunft muss dazu führen, dass es mehr Zeit für Familien durch flexiblere Arbeitszeiten gibt, und dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber auch mehr mitbestimmen können. Globalisierung und Digitalisierung zusammen dürfen eben nicht zu einem Dumping-Wettbewerb über niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen führen. Mehr denn je brauchen wir im digitalen Zeitalter starke Betriebsräte und starke Gewerkschaften, die die Rechte von Mitarbeitern verteidigen und für gute Arbeit einstehen, über alle Grenzen hinweg.

Damit wir aber fit für die Zukunft sind, müssen wir auch und gerade im Bereich der Digitalisierung der Bildung investieren. Diese Landesregierung ist die erste, die den Schulträgern konkret mehr Geld für die digitale Ausstattung der Schulen bereitgestellt hat. Wir wollen, dass mobile Endgeräte überall im Land in den Schulen genutzt werden. Wir fördern die Einrichtung einer Bildungscloud und Smart Factories als Lernwerkstätten.

Das sage ich ganz bewusst: Mit die wichtigste Fremdsprache, die man heute lernen sollte, ist eine moderne Programmiersprache (keine Angst, ich werde meine Rede jetzt nicht in Java-Script, PHP, HTML oder CSS fortsetzen – könnte ich aber). Deshalb werden wir den flächendeckenden Einsatz von programmierbaren Mikroprozessoren fördern, damit Kinder spielerisch den Umgang damit lernen können.

Die ganze Technik bringt aber nichts, wenn man mit ihr nicht umgehen kann, das gilt für Schüler wie Lehrer gleichermaßen. Deshalb werden wir nicht nur die Medienkompetenz weiter stärken, sondern auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte weiter verbessern.

### Drittens. Digitaler Staat und Sicherheit

Am Ende geht es darum, dass auch der Staat fit für das digitale Zeitalter wird. Mit den Leitlinien „digital.niedersachsen“ hat die Landesregierung hier vorgelegt – und das ist auch alles gut und richtig so. Deshalb investieren wir schon heute rund 325 Millionen Euro jährlich in die Modernisierung und den Ausbau der IT-Infrastruktur der Landesverwaltung. Geschäftsprozesse digitalisieren, Schnittstellen schaffen, alles online, nicht umständlich, sondern verlässlich und barrierefrei – darum geht es.

Aber es geht auch darum, dass das alles sicher ist. Übrigens – gerade jetzt. Wir haben am 15. Oktober unsere Landtagswahl. Wir werden bis dahin um Vertrauen und um Stimmen werben und ringen. Aber am Ende müssen die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen entscheiden – und nicht eine Hackergruppe in Russland oder anderswo. Bei der IT-Sicherheit des Staates und der staatlichen Verwaltung

geht es nicht um eine nette Nebensächlichkeit, sondern um eine elementare Voraussetzung dafür, dass Demokratie und Rechtsstaat vor jedweden Angriffen von außen geschützt werden. Deshalb setzen wir dort so erhebliche Mittel für die besten Köpfe und die beste Technik ein.

Meine Damen und Herren, darum geht es. Es geht nicht um eine Modewortdiskussion à la Niedersachsen 4.0 oder x.0 oder was auch immer. Es geht darum, dass Niedersachsen das bleibt, was es ist. Ein Land, in dem wir beides tun: Stolz sein, auf das, was wir geschafft haben, und den Weitblick haben, für das was wir für die Zukunft tun müssen, damit wir nicht nur stolz bleiben, sondern gut und sicher miteinander leben können.

Daran wollen und werden wir als niedersächsische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übrigens kräftig arbeiten. Ich zweifle ein bisschen daran, dass die FDP richtig was lernen wollte aus der Antwort auf ihre Große Anfrage. Da gibt es ja das schöne Zitat von Kurt Tucholsky: „Der Vorteil der Klugheit besteht darin, daß man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwieriger.“

Ich jedenfalls hätte nichts dagegen, wenn Sie als Opposition auch künftig große und kleinere Anfragen an eine SPD-geführte Landesregierung stellen können. Beim Thema Digitalisierung können wir Ihnen jedenfalls eindeutig antworten: Wir haben nicht den Anschluss verpasst – ganz im Gegenteil. Wir haben eingeholt, wir haben überholt und wir bleiben spitze, ist doch klar.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.